

Afrika – Staatsgrenzen sind keine Konfliktgrenzen

Sicherheitspolitische Optimisten weisen gerne darauf hin, dass die meisten gegenwärtigen Konflikte innerstaatlich sind. Das trifft im Prinzip auch auf Afrika zu. Leider zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, dass solche Konflikte mit internen Ursachen sich doch sehr leicht über Staatsgrenzen hinaus ausdehnen. Damit werden sie Probleme, die andere afrikanische Staaten nicht einfach übersehen können. Manche dieser Konflikte sind von vornherein grenzübergreifend. Andere überschreiten Staatsgrenzen, weil eine Seite sich davon strategischen oder operativen Vorteil verspricht. Andere wiederum „schwappen“ ungeplant über Grenzen und verursachen damit zusätzliche Probleme. In einigen Fällen haben sich auch benachbarte Konflikte ineinander so verzahnt, dass sie kaum noch getrennt zu lösen sind. Alle diese Konflikte haben auch politische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Auswirkungen auf die anderen Staaten in der Region. Ganz abgesehen von diesen „offiziellen“ Konflikten beschäftigten Banditen und in neuerer Zeit auch wieder Piraten die Sicherheitskräfte einiger afrikanischer Staaten. Auch sie halten sich nicht an die Staatsgrenzen. Außer dem Bürgerkrieg in Algerien und dem Grenzkrieg zwischen Äthiopien und Eritrea lässt sich keiner der derzeitigen Konflikte in Afrika einfach kategorisieren. Das Problem der grenzübergreifenden Konflikte in Afrika ist am besten anhand der wichtigsten gegenwärtigen Konflikte darzustellen. Der folgende Aufriss soll keine detaillierte Studie sein, sondern eine kurze Übersicht der gegenwärtigen Lage zur Illustration des Problems.

Der Bürgerkrieg in Angola als grenzüberschreitender Konflikt

Seit 1975, als die Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA) mit Unterstützung kubanischer Truppen die Macht ergriff und die Frente Nacional de Libertação de Angola (FNLA) und die União Nacional para a Idependência Total de Angola (UNITA) verdrängte, herrscht Bürgerkrieg in Angola. Die FNLA gab bald auf, aber die Frente Nacional de Libertação do Enclave de Cabinda (FLEC) (in Cabinda) und die UNITA (bis 1989 mit südafrikanischer Unterstützung und danach alleine) kämpften weiter. Nachdem die Regierung ihre Streitkräfte mit ihrem Öleinkommen neu aufgerüstet hatte, begann sie mit einer Serie von Operationen mit dem zweifachen Ziel, die Städte und die Diamantfelder zurückzuerobern, die die UNITA seit 1990 besetzt hatte, und die „konventionellen“ Kräfte der UNITA zu zerschlagen. Das Erste ist bis Ende 1998 größtenteils gelungen, aber die UNITA ist den meisten schweren Schlägen erfolgreich ausgewichen, hat dadurch das Gros seiner Kräfte erhalten können und ist wieder zum Guerillakrieg übergegangen. Dieser lässt sich mit den in UNITA-Hand verbliebenen Diamantminen ohne größere Schwierigkeiten finanzieren.

Die Streitkräfte der MPLA stellten 1999 auf „Gebietsoperationen“ um, die die Guerillakräfte der UNITA zersplittern, ihre logistischen Stützpunkte im Inneren des Landes und in den Grenzgebieten zerstören und die Nachschubstrecken aus der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und aus Sambia abschneiden sollen.

Im Rahmen zweier Feldzüge hat der Krieg zum ersten Mal seit 1988 aktiv die Staatsgrenzen überschritten:

1997 unterstützte Luanda die von Ruanda und Uganda initiierte Revolution in Zaire, die Präsident Seso-Seko Mobutu stürzte und Laurent Kabila an die Macht brachte. Mobutu war nicht nur der alte Freund und Helfer der FNLA, er hatte sich auch der FLEC und der UNITA gegenüber freundlich verhalten. Unter anderem durfte die UNITA den von Amerika gebauten großen Flugplatz bei Kamina benutzen. Als Ruanda und Uganda im Osten Zaires

einmarschierten und mit Kabila schnell vordrangen, sah Luanda eine Chance, diese Nachschubstrecke für die UNITA zu unterbrechen. Transportflugzeuge wurden den Rebellen zur Verfügung gestellt, Truppenteile drangen in den Südwesten von Zaire ein, und der Regierung in Kinshasa wurde gedroht, dass Angola direkt eingreifen würde, sollte Mobutu nicht nachgeben.¹ Bis Jahresmitte war Mobutu weg und Kabila an der Macht – Kabila hatte allen versprochen, was sie hören wollten: keine Hilfe mehr für UNITA, Interahamwe und Guerillas der Allied Democratic Forces (ADF), die Angola, Ruanda und Uganda plagten.

1997 unterstützte Angola mit seinen Truppen auch in Kongo/Brazzaville die Machtergreifung von Oberst Denis Sassou-Nguesso gegen den ersten demokratisch gewählten Präsidenten des Landes, Patrice Lissouba, den Luanda für zu UNITA-freundlich hielt. Es wird vermutet, dass Luanda Sassou-Nguesso bei der Ausrüstung seiner Miliz geholfen und ihm zu einem Staatsstreich geraten hatte. Die Kämpfe brachen Anfang Mai aus, und etwa ab Mitte August begann Luanda Truppen auf der Seite Sassou-Nguessos einzusetzen. Mitte Oktober griff Luanda offen ein: Mechanisierte Truppenteile marschierten aus Cabinda ein und besetzten Pointe Noire, Luftlandtruppen nahmen den Flugplatz von Brazzaville und unterstützten Sassou-Nguessos Miliz in den Kämpfen in der Hauptstadt.² Interessanterweise hat Luanda übersehen, dass es Sassou-Nguesso war, der erstmals die UNITA und die Guerillas in Cabinda (FLEC) zusammengebracht hatte, sodass zwei Guerillagruppen viel wirksamer gegen die Regierungskräfte auftreten konnten. Bisher hat sich Sassou-Nguesso als treuer Alliiertes erwiesen, obwohl bis dahin wenig Auswirkung auf den Guerillakrieg der FLEC zu erkennen war. Der Bürgerkrieg, der in der Republik Kongo der Machtergreifung folgte, ist immer noch nicht ganz ausgebrannt. Es befinden sich nach wie vor angolansische Truppen im Land, um die Regierung zu unterstützen.

1997 drohte Angola Sambia mit militärischen Folgen, wenn Lusaka nicht sofort die Nachschubstrecke der UNITA durch Sambia schließe; am 28. Oktober schlug ein Staatsstreich in Lusaka fehl. Einige Beobachter in der Region glauben, dass der Putsch auch nur teilweise gelungen wäre, wenn die angolansische Brigade, die zu der Zeit in Lumbumbashi in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) stationiert war, in Sambia einmarschiert wäre. Im November folgte dann eine erneute Drohung aus Luanda.

1998, 1999 und 2000 wurde Lusaka wiederholt aufgefordert, der angolansischen Armee grenzüberschreitende Einsätze gegen vermutete UNITA-Teile in Sambia zu genehmigen. Lusaka bot stattdessen Luanda eine gemeinsame Besichtigung des Grenzraumes an, bei der aber keine Anzeichen für die Anwesenheit von UNITA-Einheiten entdeckt wurden. Es kam im Jahr 2000 auf der sambischen Seite der Grenze mehrmals zu Zusammenstößen zwischen angolansischen und sambischen Patrouillen, und einige sambische Zivilisten wurden von angolansischen Soldaten erschossen, weil sie angeblich für UNITA-Guerillas gehalten worden waren. Im Februar 2001 haben dann Angola, Namibia und Sambia eine gemeinsame Verteidigungs-Kommission zur Sicherung ihrer Grenzen aufgestellt.

1998 hat Angolas Präsident Eduardo dos Santos Namibias Präsident Sam Nujoma überreden können, den angolansischen Streitkräften die Bekämpfung der UNITA in Namibia zu gestatten. Die MPLA wollte damit das Basisgebiet der UNITA im Südosten ausschalten: Die dazu angesetzten Verbände konnten nicht nur vom südlichen Angola aus über Namibias Straßennetz die UNITA im Südosten umfassen – der schwere Nachschub konnte statt über verminte Sandstraßen über den Hafen von Walvis Bay per Bahn nach Grootfontein und dann auf einer guten Straße bis an die Grenze gebracht werden. Der Flugplatz bei Rundu stand

1 Vgl. Independent Foreign Service, 2.5.1997

2 Vgl. Independent Foreign Service, 13./20.10.1997. Agence France Press, 16.10.1997

auch für Transport- und Kampfflugzeuge zur Verfügung. Das Konzept kam 1998 nicht mehr zur Ausführung, weil die Streitkräfte inzwischen mit dem neuen Krieg in der DRK beschäftigt waren. Im Frühjahr 1999 lief diese Operation dann aber an und brachte auch den erhofften Erfolg: Die UNITA konnte nicht mehr mit ihrer sicheren Basis im Südosten rechnen.

Für Namibia ging die Sache weniger erfreulich aus: Die UNITA hatte 1998 gedroht, Namibia als Feind anzusehen, sollte Windhoek Luanda erlauben, in Namibia zu operieren. Als dies dennoch geschah, versetzte die UNITA mit Angriffen in Kavango und Caprivi, die den Tourismus im Norden des Landes zum Stillstand brachten, der Wirtschaft einen schweren Schlag. Die Disziplinlosigkeit der angolanischen Truppen kam in Plünderungen und Raubüberfällen zum Ausdruck. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die UNITA doch noch im Süden Angolas operierte und sich nun auch in Namibia unbezahlt Verpflegung beschaffen konnte. Namibia verlegte zusätzliche Truppen in den Grenzraum und operiert heute bis zu 150 km weit in Angola gegen die UNITA.

1998 begann die zweite Phase des Krieges in der „Demokratischen Republik Kongo“ (DRK). Kabila hatte seine Versprechen gegenüber Ruanda und Uganda nicht gehalten und beinahe alle alten Feinde Mobutus zu seinen gemacht. Das Ergebnis war ein neuer Angriff Ruandas und Ugandas in enger Zusammenarbeit mit zwei neuen Rebellengruppen, der Rassemblement congolaises pour le démocratie (RCD) im Süden und der Mouvement de liberation du Congo (MLC) im Norden. Luanda war dagegen mit Kabila verhältnismäßig zufrieden und hielt zu ihm. Als die Rebellen den Flugplatz und Armeestützpunkt Kitona westlich von Kinshasa im Handstreich nahmen, dann in schneller Folge auch die Marinestützpunkte und Häfen der DRK, griff Luanda auf der Seite Kabilas ein. Ein gut geplanter und ebenso gut geführter Angriff von Luftlandtruppen und gepanzerten Verbänden entriss den Rebellen Kitona und die Häfen. Truppen aus Simbabwe hatten inzwischen mit Unterstützung ihrer Luftwaffe verhindert, dass die Rebellen den Flugplatz in Kinshasa benutzen konnten, und damit war die Krise fürs Erste vorbei. Angola kann vorerst weiter gegen die UNITA im Grenzraum der DRK vorgehen, und für die UNITA bleibt der Nachschub durch die DRK, schwierig.

Fazit: Eine gelungene militärisch-politische Strategie, der jetzt aber eine gut durchdachte innenpolitische Strategie folgen muss, wenn nicht das Gewonnene verspielt werden soll. Dieser Krieg ist auch das deutlichste Beispiel eines grenzüberschreitenden Konflikts: Angola hat über alle seine Landgrenzen hinweg militärisch gehandelt. In einigen Situationen greift der Konflikt unkontrolliert über: Angolanische Regierungstruppen haben mehrmals UNITA-Gruppen über die sambische Grenze verfolgt, Regierungssoldaten und UNITA-Guerillas plündern in Sambia, wenn ihr Nachschub nicht klappte, Namibia und Sambia müssen sich mit großen Flüchtlingszahlen befassen (im Falle Sambias mehr als 200 000, was für ein armes Land eine große Last ist).

Zukunftsansicht: Nicht sehr positiv. Der MPLA-Regierung in Luanda scheint der Mut zu einer innenpolitischen Lösung des Konfliktes zu fehlen. Stattdessen wurde der Architekt der erfolgreichen militärisch-politischen Strategie, General De Matos, entlassen, nachdem er der Regierung nahe gelegt hatte, Verhandlungen folgen zu lassen, da der Guerillakrieg nicht militärisch zu gewinnen sei.

Luanda wird also voraussichtlich weiterhin versuchen, die UNITA militärisch zu schlagen. Das lässt bestenfalls eine Fortsetzung des Krieges erwarten, da der Regierung die Kräfte fehlen, das Innere des Landes flächendeckend zu sichern, und der UNITA fehlen die Kräfte, die größeren Städte zu einzunehmen. Beide aber haben – dank Öl und Diamanten – die Finanzmittel, um den Krieg weiterzuführen. Dabei besteht für Luanda das Risiko, dass die UNITA im Landesinneren doch wieder die Überhand gewinnen könnte: Weder das Gelände

noch das Klima Angolas sind auf Seite der Regierung.

Eine Fortsetzung des Krieges wird von den anderen Staaten der Region mit Sorge betrachtet werden. Der Konflikt in der Region verhindert jene Auslandsinvestitionen, die dringend nötig sind, wenn die Staaten des südlichen Afrika ihre Wirtschaften aufbauen wollen. Angolas kleinere Nachbarn werden sich auch um ihre Sicherheit und Eigenständigkeit Sorgen machen, denn Luanda wird von ihnen in der Zukunft wohl nicht gerade Tribut, aber doch wenigstens Loyalität erwarten. Diesen dünn besiedelten Staaten wird es nicht möglich sein, alle logistischen Bewegungen der UNITA zu verhindern. In diesem Zusammenhang muss man auch fragen, welche Rolle den Su-27 und Su-24 zugeordnet ist, die Luanda für seine Luftwaffe beschafft hat. Für Operationen gegen Guerillas sind diese Flugzeuge nicht wirklich geeignet.

Der Krieg in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) als grenzübergreifender Konflikt

Der Bürgerkrieg in der DRK besteht aus mehreren grenzübergreifenden Konflikten in Nachbarstaaten, die sich mit inneren Konflikten der DRK verzahnt haben. Seine Ursprünge sind zum Teil Probleme im Kongo, aber auch Konflikte zwischen den Tutsi und den Hutu in Ruanda und Burundi. Dazu kommen die Konflikte in Angola und Uganda.

Nachdem der Versuch der Hutu-Interahamwe 1994 misslang, alle Tutsi in Ruanda zu töten, und die Tutsi-Guerillaarmee mit Unterstützung von Uganda die Macht an sich riss, flohen die Interahamwe und größere Teile der Armee Ruandas über die Grenze nach Zaire. Von dort aus begannen sie mit einem Guerillakrieg gegen die neue Minderheitsregierung der Tutsi in Kigali. Gleichzeitig machten sie mit mehreren Gruppen im östlichen Zaire gemeinsame Sache gegen die Banyamulenge-Tutsi, die seit Jahrzehnten im östlichen Zaire lebten und wegen ihres relativ großen Wohlstandes ein Ziel des Neides geworden waren.

Als Kigali sah, dass die Regierung Mobutu in Zaire nicht daran dachte, gegen die Interahamwe und die Soldaten der vorigen Forces armées rwandaises (FAR) aufzutreten, sondern ihnen sogar half, neue Waffen zu bekommen, entschloss sich Kigali zum Einmarsch, der mit einer von Laurent Kabila geführten Banyamulenge-Revolution koordiniert wurde. Ruanda hatte schon 1996 angefangen, sich verschiedenen Rebellengruppen in Zaire zu nähern, und half dann Kabila, seine Alliance de forces démocratiques pour la libération du Congo (AFDL) zu gründen. Im Oktober 1996 begann der AFDL-Feldzug mit der Eroberung von Uvira und kurz danach von Bukavu und Goma. Anfang 1997 beteiligte sich die Armee Ruandas offen an der Offensive, und es waren hauptsächlich ruandische Truppen, die Kisangani im März eroberten.³

Die Strategie war inzwischen auch mit Kampala abgesprochen, und so kam es zu einem Allianzkrieg: Ruanda und Uganda gegen Zaire mit dem Hauptziel, ihre jeweiligen Guerillagegner im Osten Zaires aufzuspüren und aufzureiben. Für Ruanda kam dazu noch die Notwendigkeit, den Banyamulenge beizustehen.

Kigali und Kampala erwarteten, dass es Kabila gelingen würde, im Osten Zaires einen unabhängigen Staat zu gründen, der ihnen verpflichtet sein würde. Damit wären ihre Grenzen gesichert und das Problem der Banyamulenge gelöst. Einen totalen Zusammenbruch der Armee und Regierung Zaires haben sie anfangs nicht erwartet. Als sich das abzeichnete, haben sie Kabila weiter unterstützt, bis Mobutu die Waffen streckte.

3 Vgl. das Interview John Pomfrets mit dem Präsident Ruandas, Paul Kagame, in: Mail and Guardian 11, 17.6.1997. Vgl. auch das Interview in: Independent Foreign Service, 13.6.1997

Kigali hatte sich viel von einer Kabila-Regierung in Kinshasa versprochen, und half Kabila, eine neue Armee aufzustellen und eine Regierung zu bilden. Kabila war aber der Einfluss Kigalis zu stark. Er wies die ruandischen Offiziere aus dem Land und begann mit einer Propagandakampagne gegen die Tutsi, was zu neuen Ausschreitungen gegen die Banyamulenge im Osten des Landes führte.

Die Reaktion Ruandas ließ nicht lange auf sich warten: Kigali machte gemeinsame Sache mit kongolesischen Politikern, für die Kabila nur ein neuer Mobutu war, unterstützte eine neue Revolution in der DRK, die im Juli 1998 ausbrach, und marschierte im August mit größeren Truppenteilen ein. Uganda schloss sich an und bald entwickelte sich eine Art Blitzkrieg des armen Mannes, der Kabilas neue Armee weit in das Landesinnere zurückdrängte.

Ein endgültiger Sieg gelang nur deswegen nicht, weil sich Angola und Simbabwe auf der Seite Kabilas beteiligt haben. Letztere vereitelten den zunächst erfolgreichen Handstreich gegen den wichtigen Stützpunkt Kitona und den Versuch, den Flughafen von Kinshasa als alternativen „Luftkopf“ zu nehmen, und verhinderten vorerst ein weiteres Vordringen der Rebellen und ihrer ruandischen und ugandischen Alliierten. Mit einem schnellen Sieg war nun nicht mehr zu rechnen. Der Krieg ging weiter und die Rebellen rückten vor, bis sie etwa die Hälfte des Landes besetzt hatten.

Als für beide Seiten ein schneller Erfolg nicht mehr zu erwarten war, folgten Verhandlungen: Im August 1999 kam es zum Lusaka-Abkommen, das vielleicht doch noch den ersehnten Frieden bringt.

Ruanda wird die DRK aber nicht verlassen, ehe Kigali nicht davon überzeugt ist, dass seine Grenzen gegen Guerillaangriffe aus der DRK gesichert sind. Das bestätigte Präsident Paul Kagame in einer Rede vom 7. April, in der er erneut betonte, Ruanda würde sich nicht vollkommen aus der DRK zurückziehen, „bis unsere Sicherheit garantiert ist“. Darüber hinaus ist Kigali auch an einer Lösung der Banyamulenge-Frage interessiert. Diese Fragen werden im Lusaka-Abkommen leider unzureichend berücksichtigt.

Uganda kämpft gegenwärtig an zwei Fronten gegen Guerillagruppen: im Norden gegen die vom Sudan unterstützte Lord's Resistance Army (LRA), die von Stützpunkten im Südsudan aus operiert, und seit 1997 im Westen gegen die islamistische Allied Democratic Forces (ADF) mit Stützpunkten in den Ruwenzori-Bergen im östlichen Kongo, die ebenfalls logistische Unterstützung vom Sudan erhalten. Ugandas Strategie erinnert an die Maßnahmen der vorigen südafrikanischen Regierung an der Grenze zwischen dem damaligen Südwestafrika und Angola: Uganda unterstützt im Sudan den Guerillakrieg der Sudanese People's Liberation Army (SPLA) von Oberst John Garang und unternimmt grenzüberschreitende Einsätze gegen die LRA. Manchmal beteiligt sich die ugandische Armee an Operationen der SPLA gegen die sudanesischen Regierungstruppen. Das hat zwar bisher keinen Sieg gebracht, aber die LRA von der Grenze weg in das Innere des Sudans getrieben und ihr einen vollen Guerillakrieg unmöglich gemacht.

Dass die Regierung Mobutu in Zaire nicht gewillt war, die ADF zu bekämpfen, ist die Ursache für die Beteiligung Ugandas am Krieg in der DRK: Kampala erhoffte sich von einer Regierung Kabila Kooperation im Kampf gegen die ADF, was auch zu Beginn der Fall war. Kabila verlor aber bald das Interesse an dieser Sache, und alles war wieder wie vorher.

Uganda wird in der östlichen DRK auch weiterhin militärisch präsent sein, solange kein anderer Weg gefunden wird, um die Angriffe der ADF aus der DRK zu verhindern. Uganda wird nicht tatenlos zusehen, wenn die Flugplätze der nordöstlichen DRK wieder vom Sudan gebraucht werden, um die ADF logistisch zu unterstützen. Eines der ersten Ziele des Sudans in der DRK war es auch, alle diese Flugplätze zu besetzen. Zwar hat Uganda Anfang 2001

zwei Bataillone aus der DRK zurückgezogen und die Rücknahme von zwei weiteren angekündigt, zugleich hat die Armee Ugandas aber einige Tausend Soldaten für die RCD und MLC ausgebildet, die in erster Linie zur Verteidigung gedacht sind, wie es etwa die frühere South Lebanon Army jahrelang für Israel war.

Burundi steht vor demselben Problem wie Ruanda: Eine Hutu-Mehrheit und eine Tutsi-Minderheit, die sich gegenseitig nicht dulden können, und eine Tutsi-Regierung, gegen die verschiedene Hutu-Gruppen einen Guerillakrieg führen. Die Situation ist zwar nicht ganz so fatal gewesen wie in Ruanda, es sind aber doch viele Tausende Tutsi von Hutu ermordet worden, nachdem 1993 ein Attentat auf den ersten demokratisch gewählten Präsidenten, Melchior Ndadaye, eine Welle von Gewalttätigkeiten auslöste. Daher wollen die Tutsi der Mehrheit die Regierung nicht überlassen. Die Hutu fürchten sich ihrerseits vor der Rache der Tutsis und sehen auch nicht ein, wieso die Tutsi-Minderheit das Land regieren sollte. Daher führen die Forces pour la défense de la démocratie (FDD) und die Forces nationales pour la libération (FNL) einen Guerillakrieg gegen die Regierung in Bujumbura. Wie die Interahamwe, die FAR und die ADF, haben sie das östliche Zaire als ideale Ausgangsbasis entdeckt: Von dort sind die Hutu-Flüchtlingslager im Norden Tansanias leicht zu erreichen, von den aus die Guerillas dann in Burundi einsickern können.

Burundi hat sich zwar nicht offiziell am Krieg in Zaire/DRK beteiligt, aber Truppen über die Grenze verlegt, um dort gegen die Guerillas zu operieren. Burundische Verbände sind in Bukavu und in Uvira gesehen worden. Dass im April 2001 „drei Bataillone“ zurückgezogen worden sind, ändert nichts daran, dass die burundische Armee weiterhin in der DRK aktiv ist. Wie Kampala und Kigali, wird Bujumbura seine Truppen nicht aus der DRK zurückziehen, ehe es eine brauchbare Garantie für die Sicherheit seiner Grenzen hat.

Angola griff wie erwähnt 1997 in Zaire ein, um die UNITA-freundliche Regierung Mobutus zu stürzen. Für Luanda hat sich der Eingriff bezahlt gemacht: Zwar ist Kabila auch nicht energisch gegen die UNITA vorgegangen, er hat aber Luanda genehmigt, mit seinen Truppen über die Grenze hinweg gegen die UNITA zu operieren und Truppenteile in der DRK zu stationieren. Damit ist die UNITA-Logistik in der DRK erheblich behindert worden.

Als der Krieg erneut ausbrach, hielt Luanda zur Regierung Kabilas. Angolanische Verbände vereitelten den beinahe gelungenen Handstreich Ugandas und Ruandas gegen Kabila, als sie den wichtigen Armee- und Luftwaffenstützpunkt Kitona für Kabila wiedereroberten, nachdem ihn ruandische Truppen und RCD-Rebellen in Zivilflugzeugen eingenommen hatten. Als dann noch Simbabwe auf Seiten Kabilas eingriff und den Flugplatz in Kinshasa vor dem Zugriff der Rebellen schützte, schwand die Chance eines schnellen Erfolges der zweiten Revolution. Zusammen haben dann Angolas und Simbabwes Armeeverbände mit ihren Luftwaffen die Front gegen die Rebellen gehalten, bis Kabilas Armee wieder Fuß gefasst hatte. Auf diese Weise sicherte sich Angola das Recht, innerhalb der DRK gegen die UNITA aufzutreten. Angola wird die Regierung in Kinshasa unterstützen, solange diese Angola genehmigt, über die Grenze hinweg gegen die UNITA vorzugehen.

Neben diesen vier Staaten haben sich auch Simbabwe und Namibia am Krieg in der DRK beteiligt. Simbabwe teils aus wirtschaftlichem Interesse, teils weil Harare nicht verkraften konnte, dass nun Südafrika und nicht mehr Simbabwe die Hauptrolle in der Region spielt. Harare unterstützte den Feldzug Kabilas 1997 mit Material und Lufttransport⁴ und hielt auch zu ihm, als der Krieg in seine zweite Phase ging. Harare hatte sich vom zweiten Engagement in der DRK einen schnellen Erfolg versprochen, der sein Prestige wiederherstellen würde.

4 Vgl. Network News Africa, 13.6.1997

Dazu kamen interessante finanzielle Angebote von Kabila. Der schnelle Erfolg blieb aus, aber inzwischen stand Simbabwe mit mehr als 12 000 Soldaten und viel Nationalprestige in der DRK, und da war an einen Rückzug nicht mehr zu denken, ehe irgendein Erfolg zu verkünden war.

Präsident Mugabe hatte inzwischen auch Namibias Präsident Nujoma dazu überredet, sich militärisch zu beteiligen, wobei auch der Erwerb einer Diamantenmine für ein staatliches Unternehmen eine Rolle gespielt haben wird. Wie Simbabwe hat Namibia keine Nationalinteressen im Spiel, aber doch Nationalprestige und wirtschaftliche Interessen der regierenden Partei.

Während der ersten Monate des neuen Krieges in der DRK waren auch der Sudan und die Zentralafrikanische Republik auf Seiten Kabilas beteiligt. Beide zogen aber bald ihre Truppen aus der DRK zurück.

Tansania und Sambia sind inzwischen auch vom Krieg betroffen. Hutu-Guerillas wurden von der Armee der DRK ausgerüstet und mit Motorbooten über den Tanganjikasee nach Tansania gebracht, wo sie die Flüchtlingslager infiltrierten, um von dort aus gegen Burundi zu operieren. Das hat zu Spannungen zwischen Bujumbura und Daressalam geführt.

Sambia leidet unter dem „Überschwappen“ des Konflikts in der DRK. Tausende Menschen sind aus der DRK nach Sambia geflohen und trotz UN-Hilfe zu einer schweren Last für die Wirtschaft des Landes geworden. DRK-Regierungstruppen haben sich nach Angriffen der Rebellen über die Grenze abgesetzt. Anfangs wurden sie entwaffnet und interniert. Als Pepa und Pweto im Dezember 2000 den Rebellen in die Hand fielen, setzten sich etwa 7 000 Regierungssoldaten, darunter eine ganze Brigade von etwa 4 000 Mann, zusammen mit einem Bataillon aus Simbabwe über die Grenze nach Sambia ab. Viele dieser Soldaten weigerten sich, die Waffen niederzulegen, andere haben sich gar nicht bei den sambischen Behörden gemeldet. Dazu kam die Forderung Ruandas, alle DRK-Regierungssoldaten daraufhin zu überprüfen, ob sich ehemalige Interahamwe oder ehemalige ruandische Soldaten unter ihnen befinden, und diese dann festzunehmen. Lusaka ist diesem Problem ausgewichen, indem es die Soldaten in die DRK zurücktransportieren ließ, bevor die Untersuchungsbeamten zur Stelle waren. Das hat natürlich die Beziehungen mit Ruanda nicht gerade verbessert.

Zuletzt ist es auch mehrmals zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen ruandischen und ugandischen Truppen in Kisangani in der DRK gekommen, wahrscheinlich weil ihre Kriegsziele nicht mehr voll übereinstimmen. Im Parlament Ugandas ist Ruanda auch als „feindlicher Staat“ bezeichnet wurden, und im März 2001 hatten beide Staaten Truppen entlang der Grenze aufmarschieren lassen.

Im internen Konflikt in der DRK stehen einander derzeit die Regierung von Joseph Kabila, dem Sohn des ermordeten Laurent Kabila, und zwei Rebellengruppen gegenüber: Die Rassemblement congolaises pour la démocratie (RCD), die inzwischen in die RCD-Goma und in die RCD-Mouvement de liberation (RCD-ML) zerfallen ist, die von Ruanda und Uganda unterstützt werden und im zentralen und südlichen Teil der DRK operieren, und die Mouvement de liberation du Congo (MLC), die im Norden aktiv ist und von Uganda unterstützt wird. Die RCD und MLC haben mehrmals versucht, sich zu einer gemeinsamen Front zusammenzuschließen, das ist ihnen aber noch nicht zur Gänze gelungen.

Im Osten der DRK sind dann auch die Mayi-Mayi-Milizen aktiv, die teils auf Seiten der Kabila-Regierung stehen und zusammen mit der Interahamwe und der FDD kämpfen, sich teils mit der MLC alliiert haben und teils ihre eigene Suppe kochen. Darüber hinaus sind 1999 und 2000 einige Tausend Zivilisten in Stammeskämpfen im Ituri-Gebiet im Nordosten der DRK umgekommen.

Fazit: Ein extrem komplizierter „Schachtelkrieg“, der sich kaum für eine

Verhandlungslösung eignet. Die ursprünglichen strategischen Konzepte Ruandas und Ugandas scheiterten, weil sie nicht mit dem völligen Zusammenbruch der Mobutu-Regierung gerechnet hatten. Dadurch kam Laurent Kabila in eine Machtposition, der er nicht gewachsen war. Das führte zum zweiten Krieg, in dem die strategischen Konzepte wieder fehlschlügen, dieses Mal, weil Kigali und Kampala nicht damit gerechnet hatten, dass Angola und Simbabwe eingreifen würden. Ruanda, Uganda, Burundi und Angola ist es jedoch gelungen, den jeweiligen Guerillagruppen ihr rückwärtiges Gebiet zu verunsichern und ihren Nachschub zu behindern. Diesem Teilerfolg muss nun ein politisches Abkommen mit der neuen Regierung der DRK folgen, das den Nachbarstaaten der DRK sichere Grenzen garantiert. Dann müssen natürlich auch die inneren Probleme der DRK angepackt werden.

Dieser Krieg ist gleichzeitig grenzüberschreitend und grenzübergreifend. Der Hutu-Tutsi-Konflikt überspannt die Grenzen zwischen Ruanda, Burundi und der DRK, da die Tutsi in allen drei Staaten verfolgt worden sind. Zusätzlich haben sich dann Uganda und Angola entschlossen, grenzüberschreitend gegen ihre Gegner in der DRK vorzugehen. Dazu kommt das „Überschwappen“ des Konflikts nach Tansania und Sambia und die Beteiligung Simbawwes und Namibias aus Gründen, die mit den eigentlichen Konfliktursachen gar nichts zu tun haben.

Zukunfts-aussicht: Trotz der verbesserten politischen Situation Anfang April 2001, als die beteiligten Staaten angefangen haben, ihre Truppen wenigstens von der Front zurückzuziehen, pessimistisch. Die Konflikte, die sich in diesem Krieg verzahnt haben, eignen sich alle nicht für eine einfache oder gar schnelle Lösung. Die Grenzen der DRK sind kaum zu kontrollieren, und die Versorgung von Guerillagruppen aus der Luft ist in Zentralafrika überhaupt nicht zu verhindern. Die Guerillakriege werden also höchstwahrscheinlich fortgesetzt und das wird unweigerlich zu Sicherheitsproblemen entlang der DRK-Grenzen führen. Die Ursachen dieses Krieges bestehen also weiterhin – trotz Lusaka-Abkommen.

Selbst in dem unwahrscheinlichen Fall eines erfolgreich verhandelten Abkommens zwischen den beteiligten Staaten und den drei DRK-Rebellengruppen wird es bestenfalls eine vorübergehende Lösung geben: Ruanda und Uganda haben wiederholt festgelegt, dass sie ihre Truppen erst dann aus der DRK zurückziehen, wenn ihre Grenzen gesichert sind. Sollten sie jetzt ihre Truppen zurückziehen, dann ist das nur ein strategisches Manöver, um Zeit für die nächste Aktion zu gewinnen. Präsident Joseph Kabila seinerseits sagt glattweg, „das Interahamwe-Problem ist nicht ein Problem des Kongos“.⁵ Er will nicht erkennen, dass es für die DRK keine Sicherheit geben kann, solange Guerillas von ihrem Boden aus Nachbarstaaten angreifen.

Das Lusaka-Abkommen spricht überhaupt nur davon, dass die „negativen Kräfte“, die auch „bewaffnete Gruppen“ genannt werden (ADF, Interahamwe, FDD, UNITA usw.), in der DRK identifiziert, gesammelt, entwaffnet und repatriiert werden sollen. Es ist aber kaum zu erwarten, dass sich Mitglieder der Interahamwe friedlich entwaffnen und in das Tutsi-regierte Ruanda repatriieren lassen! Mitte April 2001 wurde in Lusaka eine etwas praktischere Formulierung gefunden, gemäß der diese Gruppen nach der Entwaffnung „rehabilitiert und umgesiedelt“ („resettled“) werden sollen. Wohin, ist aber nicht gesagt worden. Dieses Ausweichen vor den wirklichen Problemen und Konfliktursachen, so verständlich es auch sein mag, legt den Grundstein für die nächste Phase dieses Konflikts, auch wenn es zunächst zu einem Scheinfrieden kommen sollte.

5 Vgl. das IRIN-Interview mit Präsident Joseph Kabila in Kinshasa am 30.3.2001

Abschließend muss noch erwähnt werden, dass die wirtschaftlichen Interessen der Nachbarstaaten der DRK einem Frieden entgegenstehen: Der Osten der DRK ist reich an Bodenschätzen, die jeder gerne ausbeuten möchte: Diamanten, Gold, Kobalt, Kolumbit-Tantal („Col-Tan“). Von vermuteten Ölreserven wird auch gesprochen.

Die Guerillakriege in Uganda als grenzüberschreitende Konflikte

Uganda führt heute Krieg an zwei Fronten: Gegen die Lord's Resistance Army (LRA) im Norden und gegen die Allied Democratic Forces (ADF) im Westen. Dazu kommen wachsende Sicherheitsprobleme entlang eines Teiles der Grenze zu Kenia und der Grenze zu Ruanda.

Die LRA ist aus der früheren Rebellengruppe „Holy Spirit Movement“ entstanden, die in den späten achtziger Jahren von der Armee Ugandas zerschlagen wurde. Die Reste wurden 1986 von Joseph Kony gesammelt. Sie führen heute gegen die Bevölkerung der nördlichen Provinzen Ugandas einen brutalen Terrorkrieg, der seit 1994 ein ernstes Problem geworden ist. Das Ziel scheint das Verhindern einer handlungsfähigen Regierung zu sein. Ein sinnvolles Endziel ist nicht erkennbar, da ein Sieg für diese kleine Gruppe nicht möglich ist. Die LRA operiert von Stützpunkten im Sudan und erhält auch logistische Unterstützung von den sudanesischen Streitkräften. Kampfflugzeuge der Luftwaffe des Sudans haben auch mehrmals Dörfer im Norden Ugandas angegriffen.

Die Streitkräfte Ugandas bekämpfen die LRA intern mit den normalen taktischen Konzepten eines Kleinkrieges. Parallel dazu greifen sie Stützpunkte der LRA im Sudan an, um die Rebellen von der Grenze wegzutreiben, wie es die Südafrikaner im Krieg gegen die Soth West Africa People's Organisation (SWAPO) in Angola getan haben. Uganda unterstützt auch – sozusagen als Gegenleistung – den Guerillakrieg der Sudanese People's Liberation Army (SPLA) in Sudan, um sie als Alliierte gegen die LRA zu gewinnen und um Khartum die Unterstützung der LRA so teuer wie möglich zu machen. Kampala hat auch der SPLA Stützpunkte in Uganda gestattet.⁶ Trotz Verhandlungen auf Regierungsebene dauert dieser Krieg weiter an. Seit 1996 unterstützen auch Äthiopien und Eritrea Guerillagruppen im Sudan.

Die islamistischen ADF operieren seit Mitte der neunziger Jahre vom Ruwenzori-Gebirge des östlichen Kongo aus. Wie die LRA greifen sie hauptsächlich „weiche“ Ziele an, aber auch Armee- und Polizeipatrouillen sowie kleinere Stützpunkte. Ihre Guerillas haben ein größeres Gefängnis erfolgreich gestürmt, um Kameraden zu befreien und unter den anderen Gefangenen zu rekrutieren. Der Sudan spielt auch hier eine Rolle: Transportflugzeuge der Luftwaffe haben den Nachschub für die ADF zu Flugfeldern in der nordöstlichen DRK besorgt.

Es waren die zunehmenden Terrorangriffe der ADF, die Kampala dazu brachten, Ruandas Einfall in Zaire zu unterstützen, damit die Armee die ADF in ihrem Basisgebiet bekämpfen und von ihrem Nachschub aus dem Sudan abschneiden kann. Das geschah anfangs sogar in gemeinsamen Patrouillen mit Soldaten der neuen Armee der Demokratischen Republik Kongo, nachdem es gelungen war, Laurent Kabila an die Macht zu bringen. Dieser verlor aber bald das Interesse am Krieg gegen die Guerillas. Die Folge war Ugandas Teilnahme am zweiten Einfall in die DRK, wobei eine der ersten Handlungen die Einnahme aller Flugfelder in der nordöstlichen Ecke der DRK war, um die logistische Unterstützung der ADF aus dem Sudan zu verhindern.

6 Vgl. Jan van Eck, Centre for Conflict Resolution, Kapstadt. In: Sunday Independent, 17.8.1997

Kampalas Hauptkriegsziel bleibt der Kampf gegen die ADF. Das Zwischenziel ist die Etablierung einer Regierung – entweder in Kinshasa oder in einem abgetrennten östlichen Teil der DRK –, die zumindest so weit gegen die ADF vorgeht, um ihnen den Betrieb größerer Stützpunkte in der DRK unmöglich zu machen.

Zwei kleinere Guerillagruppen, die „West Nile Bank Liberation Front“ und die „National Army for the Liberation of Uganda“, sind größtenteils in den ADF aufgegangen und daher zurzeit kein Faktor mehr. Die „Uganda National Rescue Front“ scheint sich in die LRA integriert zu haben.

An der Grenze zu Kenia gibt es Streit zwischen Stämmen, die beiderseits der Grenze Rinder züchten und Weide suchen: Die Karamojong in Uganda und die Turkana und die Pokot in Kenia. Dieser territoriale Konflikt hat in den letzten Jahren zu mehreren Zusammenstößen geführt. Der Sudan spielt auch hier indirekt eine Rolle: Die von Kampala unterstützte SPLA verkauft Waffen an die Karamojong!

Aus noch unerfindlichen Gründen ist das Verhältnis zwischen Uganda und Ruanda in letzter Zeit gespannt. Gegen Ende März 2001 hatten beide Länder Truppen in der Nähe der gemeinsamen Grenze zusammengezogen.

Fazit: Ugandas Strategie ist bedingt erfolgreich gewesen. Sie hat es der LRA und den ADF unmöglich gemacht, ihre Angriffe aus dem nördlichen beziehungsweise westlichen Grenzraum in das Landesinnere auszuweiten. Es ist aber bisher nicht gelungen, die zwei Gruppen zu zerschlagen, obwohl die Operationen in der DRK die ADF sehr schwer getroffen haben. Das strategische Problem ist, dass in beiden Fällen die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten unbedingt nötig ist, um diese Rebellengruppen endgültig lahm zu legen. Zusammenarbeit kann Kampala auf keinen Fall von Khartum und nur in geringem Maß von Kinshasa unter dem jüngeren Kabila erwarten. Außerdem sind die Grenzen dieser Region kaum effektiv zu kontrollieren.

Zukunftsaussicht: Bedingt positiv. Die Strategie Ugandas wird höchstwahrscheinlich weiterhin erfolgreich sein. Einen endgültigen Sieg kann sich Kampala aber nicht davon versprechen: Bis zum letzten Guerilla lassen sich diese Gruppen nicht aufspüren und aufreiben. Daher muss Kampala den Druck so lange aufrechterhalten, bis sich die LRA und die ADF von selbst auflösen, weil sie überhaupt keine Erfolge mehr vorweisen können. Das Problem dabei ist die Zeit: Gegen solche fanatische Splittergruppen gibt es auch keine wirkungsvolle politische Strategie, die den Prozess beschleunigen könnte. Es bleibt nur das Zuwarten, während die Guerillas militärisch neutralisiert werden, die Wirtschaft auf- und ausgebaut wird, der Staat seine Legitimität festigt und seine Fähigkeit beweist, die Bevölkerung zu schützen, bis es den Guerillas unmöglich wird, neue Rekruten zu werben. Es bedarf auch einer Lösung des Konflikts in der DRK, damit sich Ugandas Militär auf das LRA-Problem konzentrieren kann. Die anderen Grenzprobleme werden sich auch mit der Zeit lösen lassen.

Die Kriege in Liberia, Sierra Leone und Guinea als grenzübergreifende Konflikte

Die Bürgerkriege in Liberia und Sierra Leone haben trotz des jahrelangen Einsatzes von Truppen der Economic Community of West African States Military Observer Group (ECOMOG) in beiden Ländern und der 13 000 Mann starken United Nations Mission in Sierra Leone (UNAMSIL)-Truppe, die zurzeit in Sierra Leone den Frieden sichern soll, noch immer kein Ende gefunden. Stattdessen hat sich der Konflikt jetzt auch in den Nachbarstaat Guinea ausgebreitet.

Der Ursprung dieses Konflikts war ein Machtkampf zwischen politischen Fraktionen in Liberia, der in einen blutigen Bürgerkrieg überging. Der Auslöser war die Rebellion von

Charles Taylor, der 1989 mit einer kleinen Gruppe Guerillas der National Patriotic Front of Liberia (NPFL) von der Côte d'Ivoire aus versuchte, die Regierung von Samuel Doe zu stürzen. Der Versuch misslang und die Kampfhandlungen mutierten zum Bürgerkrieg. Im August 1990 haben die Staaten der Economic Community of West African States (ECOWAS) auf Drängen Nigerias Truppen in Liberia eingesetzt, um das Land wieder zu stabilisieren. Dieser Einsatz der ECOMOG (ECOWAS Military Observer Group) kostete Nigeria im Laufe von sieben Jahren etwa acht Milliarden US-Dollar und mehr als 500 gefallene Soldaten.

Der Bürgerkrieg in Liberia ist vorerst vorbei, aber das Land wird von Taylor geführt, der den Bürgerkrieg ausgelöst hatte und der sich in die anderen Konflikte der Region einmischt. Im Norden des Landes ist inzwischen wieder eine Rebellion ausgebrochen, die sich mit anderen Aufständen in Sierra Leone und Guinea zunehmend verzahnt. Bis Mitte April 2001 hatten die „Liberians United for Reconciliation and Democracy“ den größten Teil des Lofa County in der Hand, obwohl die Regierungstruppen noch die Städte kontrollierten. Präsident Charles Taylor hatte auch begonnen, seine ehemalige Miliz mobil zu machen, um im Norden einzugreifen.

Trotz eigener Sicherheitsprobleme stellte Sierra Leone ein Truppenkontingent für die ECOMOG. Das führte dazu, dass Charles Taylor im März 1991 eine Gruppe Guerillas aus Liberia über die Grenze nach Sierra Leone schleuste, um die Regierung zu stürzen. Das gelang nicht, doch konnten die Guerillas unter Foday Sankoh, die sich nun die Revolutionary United Front (RUF) nannten, einige kleine Städte besetzen. Sierras Armee reagierte im April 1991 mit einem größeren Unternehmen im Zusammenwirken mit Truppen aus Ghana und Nigeria, um die Städte zurückzunehmen und gegen die RUF in Liberia vorzugehen. Daraufhin ging die RUF zum Guerillakrieg über, den sie aus dem Handel mit Diamanten finanziert.

1992 wurde die Regierung in einem Staatsstreich der Armee gestürzt. 1993 wurden zwei Bataillone der ECOMOG nach Sierra Leone verlegt, um die Armee gegen die Guerillas zu unterstützen, und die Regierung unterschrieb mit der südafrikanischen Söldnerfirma „Executive Outcomes“ einen Vertrag über die Ausbildung der Armee und die Rückgewinnung wichtiger Diamantfelder. 1996 gelang der Armee noch ein Staatsstreich, dem die erst freie Wahl seit der Unabhängigkeit folgte. Die gewählte Regierung Präsident Kabbahs verhandelte mit der RUF und ließ den Vertrag mit „Executive Outcomes“ auslaufen. Im Mai 1997 wurde Kabbah von der Armee gestürzt, die dann der RUF eine Regierungsbeteiligung anbot. Die ECOMOG verlegte wieder zwei Bataillone von Liberia nach Sierra Leone, um die Lage zu stabilisieren. Mangels Erfolg griff die ECOMOG im Februar 1998 mit stärkeren Kräften ein, besetzte die Hauptstadt Freetown und brachte Präsident Kabbah wieder an die Macht. Nach einigen Monaten der Kämpfe und Verhandlungen unterschrieben Kabbah und die RUF ein Friedensabkommen. Die ECOMOG wurde von UN-Truppen abgelöst, aber die Situation geriet sofort wieder außer Kontrolle und Kämpfe flammten erneut in vielen Teilen des Landes auf. Zurzeit versucht die Regierung, mit Hilfe der UNO und der Briten ihre Armee wieder aufzubauen. Die RUF wechselt weiterhin zwischen Verhandlung und Guerillakrieg und kontrolliert wichtige Diamantfelder.

Guinea hat die Bürgerkriege in seinen Nachbarstaaten mit Sorge beobachtet und sich an der ECOMOG in der Hoffnung beteiligt, dass sie die Lage entschärfen wird. Je stärker die RUF und die Rebellen in Liberia unter Druck gerieten, desto mehr begannen sie aber, über die Grenze nach Guinea auszuweichen, wobei sie auch dort Dörfer angriffen und Zivilisten beraubten. Schließlich haben sich einige landeseigene „Dissidenten“ mit den Rebellen zusammengeschlossen und versucht, den südöstlichen Teil Guineas zu kontrollieren. Guineas Armee begann in der zweiten Hälfte des Jahres 2000 mit Operationen im Grenzgebiet, um die verschiedenen Guerillas zu vertreiben. Im Januar 2001 wurden 1 600 ECOMOG-Soldaten

nach Guinea verlegt, um die Grenzen zu Sierra Leone und Liberia zu sichern. Im Februar begann die Armee Guineas mit grenzüberschreitenden Operationen gegen Rebellen in Sierra Leone. Im März wies die liberianische Regierung die Botschafter Guineas und Sierra Leone's aus dem Land.

Fazit: Eine sehr schwierige grenzübergreifende Konfliktsituation. Mit Ausnahme von Liberia, das sich weiterhin in Sierra Leone einmischt, können die betroffenen Regierungen sehr wenig an der Lage ändern: Der Kern der Konflikte ist der inoffizielle Handel mit Diamanten, der von Guerillagruppen betrieben wird, die eigentlich eher Banden sind. Den Regierungen fehlen die militärischen Mittel, diese Gruppen schnell und endgültig zu zerschlagen.

Zukunftsansicht: Gemischt. Das Problem ist zu lösen, aber nur in Zusammenarbeit zwischen den drei betroffenen Staaten und ihren Sicherheitskräften. Jedenfalls wird es nicht schnell zu lösen sein: Das Gelände, die Armut und die Schwäche der Regierungen in allen drei Ländern begünstigen die Guerillas. UNO- oder ECOMOG-Truppen werden in den nächsten Jahren benötigt, um den drei Heeren Rückhalt zu geben, damit sie ihre Kräfte ausbauen können und dann allmählich die volle Verantwortung für die Sicherheit ihres gemeinsamen Grenzraumes übernehmen können.

Andere Grenzprobleme

Die vier angesprochenen Konflikte sind nicht die einzigen in Afrika, die über Staatsgrenzen hinweg Sicherheitsprobleme verursachen. Guinea-Bissau musste im Frühjahr 2001 Truppen an die Grenze zum Senegal verlegen, da die Kämpfe zwischen der Separatistenbewegung im Casamance-Gebiet und der senegalischen Regierung über die Grenze schwappten. Truppen aus Kamerun und Nigeria sind letzter Zeit mehrmals auf der Bakassi-Halbinsel zusammengestoßen, wo reiche Ölschätze vermutet werden und wo sich die zwei Staaten nicht über ihre Grenze einigen können. Der Guerillakrieg im Sudan wird nicht nur von Uganda unterstützt, sondern auch von Äthiopien und Eritrea. Äthiopien hat auch Truppen im ehemaligen Somalia stehen. Es wird auch vermutet, dass äthiopische Sondertruppen Mitglieder der Oromo National Liberation Front in Kenia angegriffen haben. Djibouti hat mehrmals behauptet, dass Äthiopien und Eritrea Guerillas unterstützen, die dort die Regierung stürzen wollen.

Banditen und Piraten

Die Kernprobleme Afrikas – Armut und schwache Regierungen mit begrenzter Legitimität und geringem Rückhalt in der Bevölkerung – haben auch dazu geführt, dass Banditen und Piraten wieder zu einem ernstem Problem werden.

Kenia leidet etwa unter häufigen Überfällen der „Raids“ aus dem Sudan und Somalia, die manchmal erstaunliche Ausmaße haben: Einer Banditengruppe gelang es, eine Kompanie der Armee aus ihrem eigenen Stützpunkt zu vertreiben, der dann geplündert wurde, bevor Verstärkung eintraf. Eine kenianische Banditengruppe, die eine große Zahl Rinder gestohlen hatte, hat mit einer SA-7 „Strela“ einen Polizeihubschrauber abgeschossen. Dazu kommen die gegenseitigen Überfälle der Karamojong aus Uganda, der Turkana und der Pokot aus Kenia.

Kenia ist nicht der einzige afrikanische Staat mit diesem Problem. Der völlige Zusammenbruch der Regierung in Somalia macht die Lage für das benachbarte Kenia natürlich besonders schwierig. Aber selbst Südafrika muss sich mit Überfällen von Viehdieben aus Lesotho – und vice versa – befassen. Vor einigen Jahren zog eine Gruppe von etwa 600 bewaffneten Viehdieben aus Lesotho in der Ostkap-Provinz umher, von der nur eine zwölf Mann starke Splittergruppe von der Polizei gestellt werden konnte. Regelmäßige

Patrouillen an der Grenze haben dieses Problem gemildert, aber nicht gelöst. Ähnlich ist es mit dem illegalen Waffenhandel über die Grenze von Mosambik und manchmal durch Swasiland.

Banditen sind dort besonders aktiv, wo durch Guerillatätigkeit Verwaltung und Sicherheit beeinträchtigt sind. Das Banditenproblem wird sich nicht leicht lösen lassen: Die Grenzen Afrikas sind viel zu lang und porös, um wirksam kontrolliert zu werden, und Finanzmittel zur Beschaffung von Flugzeugen für die Grenz- und Gebietsüberwachung (wie zum Beispiel in Brasilien für das SIVAM-Projekt im Amazonasraum) fehlen. Selbst Hubschrauber und Transportflugzeuge stehen nur in sehr begrenzter Zahl zur Verfügung.

Auch Piraten – hauptsächlich aus Somalia – sind in den letzten Jahren zunehmend ein Problem geworden. An der Ostküste Afrikas wurden zwischen Januar 1993 und März 2000 73 Überfälle gemeldet, davon 70 seit 1995 und 37 seit 1998. Neunzehn dieser Angriffe ereigneten sich vor der Küste Tansanias, acht vor der Küste Kenias und 46 vor Somalia und Dschibuti. Die Lage an der Westküste südlich der Sahara ist noch ernster: Zwischen 1993 und März 2000 gab es 99 Überfälle, davon 87 seit 1996 und 54 seit 1998.⁷

Den Küstenstaaten Afrikas fehlen die Mittel, Patrouillenflugzeuge und Schiffe zu beschaffen und einzusetzen. Die Flotten Kenias und Tansanias sind aktiver und professioneller als man vermuten würde, sie können aber mangels Geld und Ausrüstung dem Problem nicht Herr werden. An der Westküste ist die Lage ähnlich: Angola ist vor allem mit seinem Krieg beschäftigt und die Marinen Gabuns, Nigerias und Ghanas leiden unter Finanzschwäche – abgesehen davon sind sie sowieso zu klein, um dieses Gebiet flächendeckend sichern zu können. Südafrika kann auch nicht wirklich helfen. Daran wird sich auch nicht viel ändern, wenn ab 2005 die vier neuen Patrouillenkorvetten in Dienst genommen werden: Sie können gerade die eigene Küste und das Gebiet um die Prinz-Edward- und Marion-Inseln kontrollieren. Marinefernaufklärer gibt es südlich der Sahara nicht, kleinere Patrouillenflugzeuge nur sehr wenige.

Zusammenfassung

Die meisten der größeren Konflikte im heutigen Afrika sind weder zwischenstaatlich noch rein innerstaatlich, sondern Konflikte, die sich aus verschiedenen Gründen über die Staatsgrenzen hinweg ausdehnen. Dazu kommt, dass sich mancherorts zwei oder gar mehrere Konflikte miteinander verzahnen. Das Resultat sind Konfliktmatrizen, die keine einfache oder schnelle Lösung erlauben.

Der gegenwärtige Krieg in der DRK ist ein extremes Beispiel: Sieben Staaten, drei größere eigene Rebellen Gruppen, sechs fremde Guerillagruppen, die von der DRK aus gegen ihre Heimatländer Krieg führen, die Mayi-Mayi-Milizen und der Stammeskonflikt in der Ituri-Gegend des Nordostens sowie das „Überschwappen“ des Konflikts nach Tansania und Sambia. Ähnliche größere Konflikte könnten sich in Westafrika und in Nordostafrika entwickeln.

Das Potenzial für kleinere Konfliktverkettungen besteht auch in vielen anderen Teilen des Kontinents: Der 1999 versuchte Staatsstreich in Lesotho betraf auch Südafrika und Botswana. Wäre er halb gelungen und hätte er zum Guerillakrieg geführt, hätte das die Sicherheit und die Wirtschaft Südafrikas stark betroffen. Die wachsende politische Krise in Swasiland bedeutet auch nichts Gutes für Südafrika und Mosambik. Ein noch größeres Problem würde für das

7 Vgl. die Berichte des International Maritime Bureau, London

ganze südliche Afrika entstehen, sollte die derzeitige politische Krise in Simbabwe zu einem Staatsstreich oder einer Diktatur der Regierung Mugabe führen.

Auch die Kolonialgrenzen, die zumeist geographisch motiviert sind, aber an der demographischen Realität oft vorbeigehen, sind ein Problem, das noch verkraftet werden muss, besonders wenn es in Verbindung mit den Bodenschätzen gesehen wird.

Banditen und Piraten können zu einem ernstem wirtschaftlichen Problem werden, wenn sie ausländische Investoren abschrecken.

Die Staaten Afrikas und ihre Freunde in anderen Weltteilen müssen sich all dieser Gefahren bewusst sein. Nur dann kann man ihnen begegnen, ehe sich neue Kriege entwickeln. Dazu gehören aber auch Streitkräfte, die das Entstehen und Wachsen zukünftiger Konflikte verhindern können. Schlicht gesagt: Man benötigt wirksame Krisenreaktionskräfte. Die Verantwortung für den Aufbau dieser Kräfte liegt bei den wenigen afrikanischen Staaten, die über die nötigen Finanzmittel verfügen.

Diese schlechten Nachrichten aus dem Afrika der Gegenwart berechtigen uns nicht zur Annahme, „Afrika bringt immer Schlechtes“, um Aristoteles der Gegenwart anzupassen. Europa brauchte 1 500 Jahre, ehe es sich nach dem Ende des Römischen Reiches mehr oder weniger zurechtgerauft hatte. Afrikas Kolonialherren sind erst vor vierzig Jahren abgezogen. Sorgen um Afrikas Zukunft sind gerechtfertigt. Jetzt schon zu verzweifeln, wäre aber voreilig!

Helmoed Romer Heitmann, M.A., B.A.
Experte für Sicherheitspolitik und militärische Fragen in Südafrika, Kapstadt